

04.05.2015

Kleine Anfrage 3391

des Abgeordneten André Kuper CDU

Kann das Land Nachhaltigkeit des Betriebs von Flüchtlingseinrichtungen gewährleisten?

Im Rahmen des Flüchtlingsgipfels im April 2015 wurde auch der Ausbau der Platzkapazitäten in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes thematisiert. Seit dem 1. Flüchtlingsgipfel Ende Oktober 2014 sei die Regelunterbringungskapazität in den Landes-einrichtungen um rund 2.000 Plätze auf jetzt rund 7.000 dauerhafte verfügbare Plätze erhöht. Das Ziel der Landesregierung sei es, 10.000 dauerhafte Plätze zu erreichen. Unter anderem habe das Land mit dem Kreis Unna eine auf 10 Jahre angelegte Vereinbarung über die Nutzung der Unterkunft Unna-Massen für Zwecke der Flüchtlingsunterbringung geschlossen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung

1. Mit welchen Kommunen wurden Vereinbarungen über die Nutzung von Unterkünften für Zwecke der Flüchtlingsunterbringung geschlossen? (bitte Detailliste)
2. Über welche Zeiträume wurden Vereinbarungen mit den Kommunen über die Nutzung von Unterkünften für Zwecke der Flüchtlingsunterbringung geschlossen? (bitte Detail-liste)
3. Für welchen Zeitraum wurden in den jeweiligen Zentralen Unterbringungseinrichtungen im Regelbetrieb zwischen den Betreuungsverbänden und der Bezirksregierung Arnsberg Vereinbarungen getroffen? (bitte Detailliste)
4. Für welchen Zeitraum wurden in den jeweiligen Zentralen Unterbringungseinrichtungen im Notbetrieb zwischen den Betreuungsverbänden und der Bezirksregierung Arnsberg Vereinbarungen getroffen? (bitte Detailliste)

Datum des Originals: 04.05.2015/Ausgegeben: 05.05.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

5. Wie bewertet die Landesregierung, angesichts der Dauer der Verträge mit den Betreibern von Landeseinrichtungen, die Sicherung der Nachhaltigkeit der Landeseinrichtungen?

André Kuper